

der Sicherheit aller Völker darf unsere sozialistische Gemeinschaft nicht zulassen, daß sich die USA und die NATO eine militärstrategische Überlegenheit verschaffen. Am Beispiel Grenadas kann jeder sehen, wie die USA mit den Völkern umspringen würden, wenn ihnen dies gelänge, zumal tonangebende Kreise in Washington noch immer mit dem wahnwitzigen Gedanken spielen, ein Atomkrieg sei führbar, ja gewinnbar.

Auf die Frage, wie es nun, in der durch den Stationierungsbeginn der NATO veränderten Lage weitergeht und worauf es ankommt, antworten wir: Der Kampf für die Abwendung eines nuklearen Weltkrieges, für die Beendigung des Wettrüstens wird jetzt erst recht fortgesetzt. Die Verpflichtung, alles für die Sicherung des Friedens zu tun, ist um so größer, und wir werden sie erfüllen. Das vorrangige Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik der DDR bleibt es, ihren Beitrag zu leisten, damit ein nukleares Inferno verhindert und der Weltfrieden gesichert wird. Nach wie vor gibt es zur Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnungen keine vernünftige Alternative. Mehr denn je gilt es, die Kräfte für ihre Durchsetzung zu mobilisieren. Die weltweite Friedensbewegung ist nachdrücklich aufgerufen, ihr Flandeln zu verstärken.

Besser zehnmal  
verhandeln als  
einmal schießen

Als wirkliche Anhänger des Friedens lassen wir uns stets von der alten Volksweisheit leiten, daß es auf jeden Fall besser ist, zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen. Beim Kampf um den Frieden steht für uns im Vordergrund zu erreichen, daß die Stationierung weiterer USA-Mittelstreckenwaffen unverzüglich gestoppt und die bereits stationierten Systeme abgebaut werden. Die nukleare Rüstungsspirale muß angehalten werden.

Von großer Bedeutung ist es, den politischen Dialog mit allen Kräften fortzusetzen, die ihre Verantwortung für die Geschicke ihrer Völker und der Menschheit wahrnehmen und zu einer Verständigung bereit sind. Wir treten dafür ein, alle Verhandlungsmöglichkeiten zur Einstellung des Wettrüstens und zum Übergang zur Abrüstung, insbesondere auf nuklearem Gebiet, zu nutzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Stationierung neuer US-Erstschlagswaffen in Westeuropa die Grundlage der Verhandlungen verändert hat. Gleichheit und gleiche Sicherheit müssen das bestimmende Prinzip bleiben.

Im Januar nimmt die Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie über Abrüstung in Europa ihre Beratungen auf. Wir halten es für wichtig, sie aktiv zu nutzen, um die militärische Konfrontation auf unserem Kontinent zu verringern und die Beziehungen zwischen den Staaten politisch wieder berechenbar zu machen.

Die Vernunft  
muß Oberhand  
gewinnen

Gerade in dieser Situation erhält ein Vertrag zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO über den Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen um so mehr Gewicht. Er würde völkerrechtlich verbindlich den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen und konventionellen Waffen fixieren. Wir sind dafür, einen solchen Vertrag umgehend abzuschließen.

Alles muß getan werden, um denjenigen eine Abfuhr zu erteilen, die gegenseitig akzeptablen Vereinbarungen neue Runden des Wettrüstens vortziehen. Realismus und Vernunft müssen die Oberhand gewinnen.

Mit der politischen Entscheidung, die der Bundestag der BRD getroffen hat, indem er grünes Licht für die Stationierung der USA-Raketen gab, nimmt die Regierung Kohl eine schwerwiegende Verantwortung auf sich. Durch diese Entscheidung erleidet, das kann man nicht übersehen, das eu-